

## **Input to PwC-Consultation on VAT issues**

PwC is consulting stakeholders to obtain broad input regarding three matters:

- I. What are the practical VAT issues your business is confronted with?
- II. What should be changed in order to make the VAT system easier?
- III. What is the economic impact on your business of the current VAT treatment of the supply of goods or services for consumption on board means of transport?

### **I. What are the practical VAT issues your business is confronted with?**

#### **1.1 Einführungsphase**

Die Zugcateringleistungen setzen sich zusammen aus dem Verkauf von (kalten und warmen) Speisen und Getränken, Zeitungen und Handelswaren. Der Verkaufsvorgang im Zug unterscheidet sich danach, ob er im Restaurantwagen, im Bistrowagen oder am Sitzplatz erfolgt.

Wie den vier EuGH-Vorlagen des Bundesfinanzhofes (z.B. BFH-Beschluss vom 27.10.2009 – V R 3/07) entnommen werden kann, ist aus deutscher Sicht bereits die Abgrenzung zwischen einer (teilweise begünstigten) Lieferung (von Lebensmitteln) und einer nicht begünstigten Restaurationsdienstleistung im Einzelfall mit großen Schwierigkeiten und Unsicherheiten verbunden.

Die Schwierigkeiten und Unsicherheiten vervielfachen sich durch unterschiedliche Regelungen in den vierzehn betroffenen EU-Staaten.

Zusätzlich zu den Unsicherheiten in Bezug auf die Qualifizierung des Leistungsinhaltes und der jeweils nationalen Steuersatzvergünstigungen ergeben sich aus Art. 57 VAT Directive administrative Zusatzkosten bei der Erfüllung der länderspezifischen Aufzeichnungs- und Nachweispflichten

In den einzelnen EU-Staaten existieren jeweils nationale Besonderheiten in Bezug auf die Ausgestaltung des Abrechnungsdokumentes einschließlich der Anwendbarkeit von Vereinfachungsvorschriften. In der Einführungsphase mussten die eingesetzten Kassensysteme hinsichtlich der Hardware und Software nachgerüstet und angepasst werden.

Einzelne Länder wie z.B. Italien fordern bei der Erbringung von Restaurationsumsätzen den Einsatz besonderer Hardware und Software (Einsatz von Fiskaldruckern, Software muss mit speziellem Datenspeicher und Zugriffsmöglichkeit für die Steuerbehörde ausgestattet sein).

#### **Exkurs zu Artikel 38 - 40 des Verordnungsvorschlags der EU-Kommission zur RL 2006/112/EG vom 18.12.2009**

Der Regelungsbereich des Entwurfs der Artikel 39 - 40 ist in der deutschen Sprachversion unverständlich. Wir interpretieren die beiden Artikel wie folgt:

## **Definition des Leistungsortes bei Drittlandsbezug**

Das in Art. 57 geregelte Abgangsortprinzip findet nur "während des innerhalb der Gemeinschaft stattfindenden Teils einer Personenbeförderung" Anwendung. Bei Zwischenaufenthalten außerhalb der Gemeinschaft (Drittland) bestimmt sich der Leistungsort während der im Drittland erbrachten Dienstleistungen nach dem Tätigkeitslandprinzip (Art. 55).

Beispiel:

Zuglauf: Frankfurt (D) - Basel (CH) - Mailand (IT) mit Zwischenaufenthalt in der Schweiz.

Das Abgangsortprinzip gem. Art. 57 bezieht sich nicht auf in der Schweiz erbrachte Dienstleistungen. Der Leistungsort für die auf Schweizer Staatsgebiet erbrachten Dienstleistungen bestimmt sich nach dem Tätigkeitsortprinzip.

## **Neudefinition des Leistungszeitpunktes**

Bezogen auf die einzelne Restaurationsleistung richtet sich der Wechsel zwischen Abgangsortprinzip und Tätigkeitsortprinzip nach dem Zeitpunkt der Beendigung der Leistungserbringung. Im Falle der Restaurationsleistung ist das üblicherweise der Zahlungszeitpunkt.

Artikel 40 des Verordnungsvorschlags sieht vor, den Leistungszeitpunkt für die oben bezeichneten Geschäftsvorfälle (Wechsel vom Abgangsort zum Tätigkeitsort und umgekehrt) auf den Beginn der Leistungserbringung festzulegen.

Die Sonderregelung in Artikel 40 erfordert Softwareanpassungen an den elektronischen Kassensystemen und würde zu erheblichen bürokratischen Zusatzaufwand führen. Die Kassensoftware ist entsprechend der derzeitigen Grundregel auf den tatsächlichen Leistungsort im Zeitpunkt der Beendigung der Leistungserbringung programmiert.

## **1.2 Operative Phase**

Die Abgabe der Umsatzsteuererklärungen im Ausland ist nicht ohne Einschaltung ausländischer Steuerkanzleien möglich.

Die Vorbereitung zusätzlicher Steuererklärungen fürs Ausland bindet interne Personalressourcen und verursacht zusätzlich externe Beratungsaufwendungen in Höhe von ca. Euro 200 bis Euro 500 pro Erklärung.

Das Umsatzsteueraufkommen im Bereich Zugcatering beträgt p.a. ca. € 85.000.000. Der allergrößte Teil der Umsätze entfällt auf Zugläufe ohne Auslandsbezug.

Auf grenzüberschreitenden Linien wird nur ein vergleichsweise geringer Umsatzanteil erwirtschaftet. In einigen Ländern überschreitet bereits der monatliche Beratungsaufwand die abzuführende Umsatzsteuer.

- II. What should be changed in order to make the VAT system easier?**
- III. What is the economic impact on your business of the current VAT treatment of the supply of goods or services for consumption on board means of transport?**

Organisation und Infrastruktur für das Zugcatering befindet sich in aller Regel ausschließlich im Ansässigkeitsland des Dienstleisters. In der Regel beginnen alle Zugläufe im Inland. Die Problematik der Leistungsortfiktion in Art. 57 VAT Directive ergibt sich aus dem

letzten Satz in Absatz 2: „ Im Falle einer Hin- und Rückfahrt gilt die Rückfahrt als gesonderte Beförderung“. Diese Regelung ist für den Bereich der Personenbeförderung wichtig. Im Bereich der Zugrestauration tritt bei einem vergleichsweise geringen Umsatzsteueraufkommen die beschriebene Verkomplizierung der steuerlichen Situation ein.

Wir empfehlen, Art. 57 dergestalt zu ändern, dass Hin- und Rückfahrt für Zwecke der Leistungsortfiktion als Einheit zu behandeln ist.

Alternativ empfehlen wir, im Bereich der Zugrestauration die geltende B2C – Grundregel gemäß Art. 45 VAT Directive („Ursprungslandprinzip“) anzuwenden.

Es könnte auch überlegt werden, eine länderbezogene Kleinbetragschwelle für Dienstleister einzuführen. D.h. bei Cateringumsätzen bis € 1.000.000 € pro Land darf abweichend vom Abgangsortprinzip nach Art. 57 VAT Directive die B2C-Grundregel gemäß Art. 45 angewendet werden.

In Bezug auf latente Risiken wegen unterschiedlicher Anforderungen an die eingesetzten Kassensysteme, Kassendrucker sowie differenzierter Aufzeichnungs- und Nachweisforderungen in den EU-Staaten wäre eine kurzfristige Regelung erforderlich, nach der die Anforderungen des Ansässigkeitsstaates auch von den übrigen EU-Staaten als ausreichend anerkannt werden.